



Bündnis für Sozialberatung
in NRW

Aktionstag für Sozialberatung in NRW

am 20. Mai 2008

Achtung: Unabhängige Sozialberatung in NRW gefährdet!

Wir fordern:

- Die Fortführung der Finanzierung von Sozialberatungsstellen aus Landesmitteln.
- Einen breiten Dialog, um Konzepte für finanzielle Lösungen für die Erhaltung unabhängiger Beratungsstrukturen in NRW zu finden.
- Ein Recht auf behördenunabhängige Sozialberatung für alle Leistungsberechtigten und Menschen mit geringem Einkommen.

Bündnis für Sozialberatung in NRW
www.sozialberatung-nrw.org

Unabhängige Sozialberatung verteidigen

Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt
(Oskar Negt)

Wer arbeitslos ist, von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung leben muss, den trifft es in der Regel hart. Wer dann noch in die „Mühlen“ der Hartz-Behörden gerät, der fühlt sich gegenüber dieser mächtigen Bürokratie oft ohnmächtig und hilflos.

Für mehr als 100.000 Ratsuchende im vergangenen Jahr waren die 75 Arbeitslosenzentren und 65 Beratungsstellen in NRW da eine Art „letzter Rettungsanker“. Hier stießen sie auf offene Ohren und Verständnis für ihre Probleme und wurden fachlich kompetent beraten. Damit soll jetzt Schluss sein.

Zum 1. Oktober 2008 will das Land Nordrhein-Westfalen die finanzielle Förderung für diese Hilfen einstellen und somit jährlich knapp 4,25 Mio. Euro die das Land aus dem Europäischen Sozialfond an die Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen weiterleitete einsparen. Die CDU geführte Landesregierung setzt andere Schwerpunkte und hält dieses Angebot der Sozialberatung für weniger wichtig.

Vertraulichkeit mit Sanktion verbinden?

Damit wird ein seit zwanzig Jahren gewachsenes und durch verschiedenste unabhängige Träger gebildetes und finanziertes Netz an Sozialberatungsstellen in NRW gefährdet. Eine soziale Infrastruktur, die durch ein hohes Maß an Professionalität und ehrenamtlichem Engagement geprägt ist, würde ersatzlos aufgegeben.

Arbeits- und Sozialminister Laumann ist der Auffassung, dass die Kommunen oder die gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit betriebenen ARGEN diese Aufgaben übernehmen können und sollten. Aber diese und insbesondere die hochverschuldeten Kommunen, haben deutlich gemacht, dass sie nicht für die Finanzierung der Sozialberatung aufkommen wollen. Auch die Bundesagentur für Arbeit vertritt diese Auffassung. **Die Hartz IV-Verwaltung fühlt sich für unabhängige Beratung nicht zuständig.**

Eine Finanzierung des Arbeitslosenzentrums „würde unserem Auftrag widersprechen“, teilte z.B. der Geschäftsführer der Solinger ARGE, Bernd Köhler, diesbezüglich der örtlichen Presse mit.

Die ARGEN und Jobcenter wären aufgrund ihres Sanktionsauftrages auch tatsächlich nicht in der Lage, die für eine gute Beratung notwendige **Vertrauensbeziehung** herzustellen und dem Ratsuchenden Vertraulichkeit zu garantieren.

Werden die Angebote der Arbeitsloseneinrichtungen zu sehr von der Förderung der örtlichen Sozialleistungsträger abhängig gemacht, geht die **Unabhängigkeit** der Einrichtungen und der erarbeitete Vertrauensvorsprung verloren.

Wir machen mit beim Bündnis für Sozialberatung in NRW

Logo und Kontakt der Einrichtung

Was kann unabhängige Sozialberatung leisten?

- ✓ rechtlich versierte Beratungs- und Unterstützungsleistungen
- ✓ niedrigschwellige psychosoziale Betreuung und Stabilisierung von Betroffenen
- ✓ Informations- und Bewerbungsmöglichkeiten
- ✓ Anlaufstellen und Begegnungsstätten

Beteiligen Sie sich am NRW-weiten Aktionstag **am Dienstag, dem 20. Mai 2008**, zum Erhalt der unabhängigen Sozialberatung.

An diesem Tag findet in vielen Städten die Beratung für Arbeitslose, BezieherInnen von Sozialleistungen und Menschen mit geringem Einkommen im Freien, vor örtlichen ARGEn, Rathäusern oder auf Marktplätzen statt.

- Unterstützen Sie solidarisch ihre örtliche Beratungsstelle
- Setzen Sie sich bei Landes- und Kommunalpolitikern, sowie Verbänden und Gewerkschaften für den Fortbestand der Landesförderung der unabhängigen Beratungsstellen ein!

In Zeiten zunehmender sozialer Kälte ist unabhängige Sozialberatung unverzichtbar!



Sozialberatung – heute wichtiger denn je!

Die „Konstruktionsfehler“ des Leistungsrechts mit hohen Anforderungen, strengen Pflichten und scharfen Sanktionsregelungen haben die Rechtsposition von Leistungsberechtigten insgesamt geschwächt. Die meisten Bescheide der ARGEn sind selbst für Juristen nicht verständlich und nachvollziehbar. Die überaus hohe Zahl von berechtigten Widersprüchen und Klagen kennzeichnen die Problemlage.

Eine starke und möglichst unabhängige Interessenvertretung der Arbeitslosen und Menschen mit unzureichenden Einkommen vor Ort ist deshalb notwendig.

- Die schlechte Qualität der Beratung der Hartz IV-Behörden, begrenzte Mitarbeiterkapazitäten und hohe Fehlerquoten in der **Verwaltungspraxis** machen eine unabhängige Anlaufstelle für Betroffene unentbehrlich, um effektive Hilfe und Schutz zu gewährleisten.
- Die zunehmende **Entrechtung** von Arbeitslosen, Leistungsbeziehern und Niedriglöhnern wird nicht nur deutlich an der finanziellen Austrocknung der Beratungsstrukturen, sondern auch an der Verschlechterung des Sozialgerichtsgesetzes, drohender Sozialgerichtsgebühren und die restriktive Herausgabe von Beratungsscheinen durch die Amtsgerichte. Hier muss offensiv gegengesteuert werden.
- Unabhängige Beratung garantiert **Rechtsschutz** von Betroffenen und Kontinuität während der bevorstehenden Umbauphase der SGB II-Arbeitslosenverwaltung bis

zum Jahr 2010. Der Umbau der Verwaltung wurde vom Bundesverfassungsgericht im Dezember 2007 angeordnet.

Wenn zu den Härten von Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut noch eine weitgehende Entrechtung durch die Verweigerung von Hilfe und Beratung hinzukommen, dann könnte dies der berühmte Tropfen sein, der das besagte Faß zum Überlaufen bringt.

- Schon jetzt wird deutlich, dass der Abbau der unabhängigen Sozialberatung Wasser auf die Mühlen von unseriösen und betrügerischen Anbietern leitet. Diese versuchen unter dem Deckmantel angeblicher Hilfe aus der Not der Menschen Profit zu schlagen. Da werden als Gegenleistung für Beratung dubiose Versicherungen verkauft und unnütze Überprüfungen von Bescheiden gegen hohe Gebühren angeboten. Auch die **NPD und andere Neonazi-Gruppen** werben offen mit der „*sozialen Frage*“ um Unterstützung und drängen mit erheblichen finanziellen Mitteln in die Sozialberatung. Die Zerschlagung bestehender Strukturen ist geradezu eine Ermunterung für Rechtsextreme das frei werdende Terrain zu besetzen.
- Nur funktionierende unabhängige Anlaufstellen mit einer hohen **Akzeptanz** bei den Betroffenen können hier wirksam gegensteuern!

Bündnis für Sozialberatung in NRW

www.sozialberatung-nrw.org

V.i.S.d.P.: Frank Jäger, Tacheles e.V., Luisenstr. 100, 42103 Wuppertal u. Peter Ritsche, Bund Soziales Zentrum Deutschland e.V., Im Wieksfeld 11, 33378 Rheda-Wiedenbrück